

StOAR Idel berichtet über den 1. Haushaltsentwurf 2024 und erläutert die verschiedenen Hintergründe, wie beispielsweise eine geänderte Kreisumlage oder den höher ausgefallenen Tarifabschluss, für den Fehlbedarf in Höhe von 4.851.125 €.

Auf Nachfrage von RM Bruns, wie sich in etwa die langfristigen Schulden entwickeln können, erläutert StOAR Idel, dass sich der amtliche Schuldenstand zum 31.12.2022 auf etwa 22 Mio. € beläuft. Zuzüglich bestehender Reste in Höhe von ca. 10 Mio. € und abzüglich 7 Mio. € durch den Landkreis zu übernehmende Darlehen, wird der Schuldenstand ca. 23 Mio. € betragen.

RM Kasig fragt an, ob sich hinsichtlich der Kreisumlage noch eine Änderung ergeben kann. Hierzu teilt StOAR Idel mit, dass es bei der Kreisumlage noch ein Anhörungsverfahren geben wird. Hierbei müssen der Bedarf des Landkreises mit den Bedarfen der kreisangehörigen Kommunen abgewogen werden. Änderungen können sich demzufolge noch ergeben.

RM Striegl erläutert, dass man den 1. Haushaltsentwurf 2024 in dieser Form nicht einfach zur Kenntnis nehmen kann. Ein Fehlbedarf in Höhe von 4.851.125 € ist sehr unschön, was zum Teil auch auf äußere Einflüsse, wie beispielsweise dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, den Schlüsselzuweisungen oder dem Tarifabschluss, zurückzuführen ist. Neben dem Aspekt der Schuldenentwicklung ist nach den gesetzlichen Vorschriften der Haushaltsausgleich in den Vordergrund zu stellen. Zu bedenken ist, dass auch bei dem Eigenbetrieb Stadtentwässerung ein bestimmter Schuldenstand vorhanden sind.

RM Striegl stellt sodann folgenden Antrag:

„Die Verwaltung wird beauftragt einen Maßnahmenplan zu erarbeiten mit dem der Haushaltsausgleich 2024 erreicht werden kann und diesen in eine Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung für ca. Ende Oktober einzubringen.

BM Böhling berichtet, dass sich ein Fehlbedarf von fast 5 Mio. € als nicht erfreulich darstellt. Aus diesem Grund hat er bereits eine Haushaltsklausurtagung mit den jeweiligen Fachbereichsleitungen vorgesehen, um Vorschläge zur Haushaltsverbesserung auszuarbeiten. Hier müssen erstmal alle Aspekte, beispielsweise auch Steuererhöhungen, beleuchtet werden. Der Handlungsbedarf ist klar.

Der Einwohner Herr Retsch bittet um Informationen für die BürgerInnen, wie sich nunmehr die Abgabe der Kindertagesstätten an den Landkreis Friesland vorher und nachher finanziell darstellt.

RM Kasig begrüßt ebenfalls eine derartige Aufstellung.

BM Böhling bestätigt, dass über die finanziellen Auswirkungen berichtet wird, wenn der Rat und der Kreistag die entsprechenden Beschlüsse gefasst haben und alle notwendigen Informationen und Zahlen vorliegen.

Im Anschluss erfolgt die Abstimmung über den Antrag von RM Striegl:

„Die Verwaltung wird beauftragt einen Maßnahmenplan zu erarbeiten mit dem der Haushaltsausgleich 2024 erreicht werden kann und diesen in eine Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung für ca. Ende Oktober einzubringen.

Der Antrag wird bei Stimmenenthaltung der Mitglieder der SPD-Fraktion angenommen.